

13.09.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3017

**Nordrhein-Westfalen in Europa III.
Grenzüberschreitende Mobilität ausbauen**

Berichterstatter: Abgeordneter Dietmar Brockes (FDP)

Beschlussempfehlung:

Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP- Drucksache 17/3017 - wird angenommen.

Datum des Originals: 13.09.2018/Ausgegeben: 14.09.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Allgemeines

Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP - Drucksache 17/3017 - wurde vom Plenum in seiner Sitzung am 1. Juli 2018 federführend an den Ausschuss für Europa und Internationales sowie zur Mitberatung an den Verkehrsausschuss überwiesen.

Laut Bericht der Fraktionen von CDU und FDP würden mehr als 6 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen entlang der fast 500 Kilometer langen gemeinsamen Grenze zu den Niederlanden und Belgien leben. Die Menschen und Unternehmen in der Grenzregion würden besonders von Europas offenen Binnengrenzen profitieren. Grenzüberschreitende Mobilität habe für sie, auch im Alltag, eine besondere Bedeutung.

Die NRW-Koalition würde die Grenzlage als gemeinsame Chance verstehen und wolle die weiteren Potenziale nutzen, die durch die Nähe zu den Niederlanden und Belgien bestehen. Daher wolle man bestehende Defizite auf infrastruktureller, wirtschaftlicher und politischer Ebene abbauen. Hierbei seien Mobilität von Personen, Waren und Dienstleistungen in den Blick zu nehmen.

Europaweit würden mittlerweile knapp 2 Millionen Menschen täglich über die Grenze pendeln, um in einem Nachbarstaat zu arbeiten. Mehr als 45.000 Menschen aus Nordrhein-Westfalen würden in den Niederlanden, Belgien oder Luxemburg arbeiten. Nordrhein-Westfalen profitiere als Ziel-, Quell- und Transitland mitten im Herzen Europas besonders von der engen Verbindung zu seinen Nachbarn.

Weil die Mobilität über die Grenze hinweg so enorm wichtig sei, müssten u.a. der grenzüberschreitende öffentliche Personennahverkehr sowie die wirtschaftlichen und logistischen Verflechtungen intensiviert werden. Dazu könnten auf regionalen und lokalen Ebenen wichtige Beiträge geleistet werden.

In den vergangenen Jahren seien signifikante Verbesserungen im europäischen Hochgeschwindigkeitsverkehr zwischen dem Rheinland und Brüssel, Paris sowie Amsterdam erreicht worden. Beim grenzüberschreitenden ÖPNV bestünden dagegen weiterhin Verbesserungspotentiale, weil die Schienennetze der angrenzenden Länder schwächer verknüpft seien.

Die Zukunft eines mobilen gemeinsamen Europa beinhalte die Umsetzung grenzüberschreitender Mobilitätsprojekte und Fahrkarten sowie eine Vereinheitlichung des Ticketsystems im öffentlichen Personennahverkehr. Hier bestehe Ausbaubedarf: die unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen in den Ländern seien bislang jeweils nur national ausgerichtet.

Das grenzüberschreitende Liniennetz sei sehr grobmaschig, Fahrzeiten für (potentielle) Grenzgänger seien (zu) lang und Arbeitsorte seien nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Um Wachstumspotentiale und Chancen der Grenzregion zu nutzen, gelte es, diese Hemmnisse abzubauen. Weitere Faktoren kämen hinzu, so z.B. die Nichterstattung der Fahrtkosten für Arbeitnehmer und Praktikanten oder die fehlende Möglichkeit, die niederländische OV-Chipkaart (eine Karte für den elektronischen Zahlungsverkehr und die Regelung der Zugangsberechtigung für den ÖPNV) in Deutschland zu nutzen.

Örtliche Initiativen setzten Kleinbusse oder Leasingautos ein, um die Erreichbarkeit von Arbeits- und Praktikumsplätzen im Grenzgebiet zu verbessern. Das könne jedoch nur eine

Zwischenlösung sein. Um die Arbeitsmobilität weiter voranzubringen, seien strukturell verankerte Lösungen notwendig.

Aufgrund des engen Austauschs, der starken wirtschaftlichen Beziehungen und der wachsenden Güterverkehre seien leistungsfähige Hinterlandanbindungen zu den Überseehäfen Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam und Zeebrügge für Nordrhein-Westfalen von besonderer Bedeutung. Daher wolle die NRW-Koalition die Infrastrukturen für den grenzüberschreitenden Güterverkehr verbessern und auch die Potenziale der nordrhein-westfälischen Wasserstraßen besser nutzen.

Neben der Schiene sei auch das Netz der Binnenwasserstraßen in Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Pfeiler der Hinterlandanbindung an die ZARA-Häfen. Dieses Netz umfasse circa 720 Kilometer, davon rund 240 Kilometer auf dem Rhein. Allein am deutsch-niederländischen Grenzübergang bei Emmerich am Rhein würden pro Jahr circa 150 Millionen Gütertonnen auf Binnenschiffen befördert. Dabei würden, laut Schifferbörse, über das Binnenwasserstraßennetz ein Viertel aller ankommenden und verlassenden Güter in und innerhalb Nordrhein-Westfalens über die Wasserstraße transportiert.

Der Landtag möge daher feststellen:

Europas Grenzregionen sind im Bereich des Schienenverkehrs bereits vernetzt. Allerdings gibt es noch großes Potenzial für weitere Verbesserungen. Zum Beispiel sind die Bahnverbindungen von Rotterdam über Aachen bis Köln sowie die Strecke von Eindhoven nach Düsseldorf, der zweigleisige Ausbau von Kaldenkirchen bis Dülken sowie eine Schnellverbindung Maastricht, Aachen bis Heerlen und die Strecke von Venlo nach Mönchengladbach besonders in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus gilt es, die bestehenden Bemühungen, die Bahnverbindung zwischen Nimwegen und Kleve zu reaktivieren und bis zur Realisierung zumindest an dieser Stelle eine Schnellbuslinie, mit Anschluss in Kranenburg und Kleve einzusetzen, zu unterstützen. Außerdem ist eine Verbindung im Stundentakt zwischen Düsseldorf und Brüssel anzustreben. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die seit 2017 bestehende umsteigefreie IC-Anbindung von Düsseldorf nach Luxemburg in Zukunft häufiger bedient werden kann. Ein vereinheitlichtes E-Ticket würde das grenzüberschreitende Bahnfahren digitaler und zukunftsfähiger gestalten. Dies wäre eine sinnvolle Lösung im grenzüberschreitenden ÖPNV.

Zusätzlich müssen Konzepte entwickelt werden, um den grenzüberschreitenden Güter- und Logistikverkehr variabler zu gestalten. Ziel muss sein, die Hauptverkehrsadern zu entlasten, ohne zusätzliche Kosten für die Wirtschaftsakteure in Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Belgien zu verursachen. Dies ist auch ein Beitrag dazu, die Güterverkehre von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Der Landtag möge daher die Landesregierung beauftragen:

- den Bedarf für die grenzüberschreitende Erreichbarkeit von Arbeitgebern und Einrichtungen wie Hochschulen jenseits der Grenze zu den Niederlanden und Belgien zu ermitteln;
- aufbauend auf der Analyse, ein Mobilitätskonzept mit den beteiligten Akteuren wie Kammern und Transportunternehmen zu erarbeiten;
- den strukturell verankerten grenzüberschreitenden Mobilitätsdialog zwischen NRW und den vier niederländischen Grenzprovinzen weiterzuführen und zu intensivieren, um zur Verbesserung des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs und der Infrastruktur beizutragen. Themenschwerpunkte sollten sein:

- bessere Abstimmung der nationalen und regionalen Infrastrukturplanungen beispielsweise bei der grenzüberschreitenden Elektrifizierung von Bahnstrecken;
- Verbesserungspotentiale in der grenzüberschreitenden Infrastruktur;
- Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen zur Umsetzung eines grenzüberschreitenden Ticketsystems;
- Prüfung, welche bewährten regionalen Lösungen an der gesamten Grenze etabliert werden könnten (z.B. Carsharing-Konzepte, dynamische Informationstafeln);
- Ermittlung, welche grenzüberschreitende Busverbindungen und Streckenverläufe verbessert werden können;
- die Zusammenarbeit zwischen den ZARA-Häfen Zeebrügge, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen und Nordrhein-Westfalen durch Vereinbarungen, die eine noch engere Kooperation und Vernetzung sowie eine bessere Bahnanbindung ermöglichen, zu stärken.

B Beratung und Abstimmung

Der Verkehrsausschuss hat in seiner Sitzung am 5. September 2018 den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

In seiner abschließenden Sitzung am 7. September 2018 hat der Ausschuss Europa und Internationales den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP - Drucksache 17/3017 - mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der GRÜNEN angenommen.

Dietmar Brockes
Vorsitzender